



II-9081 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 73 78 76
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5931/20-4-89

4175 IAB

1989 -11- 21

zu 4210 J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.
Dr. Müller und Genossen vom 19. September 1989,
Nr. 4210/J-NR/1989, "Kohlenwasserstoff-
emissionen beim Tanken"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

"Zu welchen Erkenntnissen kam die ÖMV-Studie?"

Die bei Professor A. Hackl in Auftrag gegebene Studie über die aktuelle Situation der Kohlenwasserstoffemissionen, die aus der Mineralölkette in Österreich resultiert, wird voraussichtlich bis Jahresende fertiggestellt werden.

Zu Frage 2:

"Wann ist mit der Einführung der "Aktivkohlefilter - Technologie" zu rechnen?"

Am 2. November 1989 ist unter Federführung des deutschen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Berlin ein "Workshop" über den Großversuch in der BRD "Gaspendingung versus vergrößerter Aktivkohlefilter" vorgesehen. Die ÖMV wird auf Einladung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit einen Vertreter zu dieser Veranstaltung entsenden.

Es ist anzunehmen, daß unmittelbar danach die deutsche Bundesregierung ihre Entscheidung, welches der beiden Systeme eingeführt werden soll, bekanntgeben wird.

- 2 -

Die ÖMV hat zu obigem Fragenkomplex am 5. April 1989 ein Expertenhearing veranstaltet. Da die Aussagen der ausländischen Experten zu divergierend waren, ist es nicht gelungen, ein Resümeeprotokoll zu verfassen. Eine Videoaufzeichnung über die Veranstaltung und schriftlichen Unterlagen wurden allen kompetenten Stellen zur Verfügung gestellt.

Die Entscheidung darüber, welches der beiden Systeme in Österreich nun tatsächlich eingeführt wird, erfordert noch intensive Befassung mit diesem Thema und sollte nicht zuletzt gemeinsam mit den USA und/oder der BRD erfolgen.

Wien, am 18. November 1989

Der Bundesminister

